

Print-Veröffentlichung

Medium	Weser-Kurier (Hauptausgabe)		
Datum	Montag, 10. Januar 2022		
Auflage	122.811	Anzeigenäquivalenz	2.257 €
Verbreitung	Bremen & Umland		
Platzierung	Seite 2 (von 24), Rubrik „Standpunkte“		

Guter Ansatz

Marc Hagedorn über „Housing First“

Es gibt im Leben nichts geschenkt. Diesen Satz werden vermutlich viele Menschen unterschreiben. Vor allem die, die in ihrem Leben mehr verloren als gewonnen haben. Deshalb mag es sich in einer Gesellschaft, die den Wert eines Menschen auch über den Faktor Leistung definiert, merkwürdig anfühlen, was das Projekt "Housing First" verspricht: Obdachlose bekommen eine Wohnung, ohne dass sie dafür besondere Bedingungen erfüllen müssen. Eine Belohnung erhält sonst fast nur, wer zuvor etwas dafür getan hat.

Das Projekt in Bremen wird sicher kein Selbstläufer. Viele müssen mithelfen, vor allem Hauseigentümer, die ihre Wohnungen zur Verfügung stellen, und am Ende natürlich auch die neuen Bewohner selbst, wenn sie dauerhaft in ihren vier Wänden bleiben wollen.

Die Erfahrungen mit "Housing First" andernorts sind gut. Unterm Strich soll es für die Sozialkassen sogar günstiger sein als die klassische Form der Unterbringung. Dieses Argument sollte auch diejenigen überzeugen, die ungern ohne Gegenleistung geben.



Zahnloser Tiger



Felix Wendler
über 3G-Kontrollen

Das die 3G-Regel in öffentlichen Verkehrsmitteln erst spät beschlossen wurde, hat einen guten Grund: ihre Umsetzbarkeit. Eine flächendeckende Kontrolle wird weder vom Gesetzgeber gefordert noch freiwillig umgesetzt. Die Kontrollen in ihrer jetzigen Form haben allerdings kaum einen Effekt. Wer keinen 3G-Nachweis erbringen kann, verzichtet vielleicht auf lange Zugreisen – nicht, weil das Risiko dort ertappt zu werden größer ist als im Nahverkehr, sondern weil die persönlichen Konsequenzen abschreckend sind. Von einer Fahrt mit der BSAG wird sich hingegen kaum jemand abbringen lassen. Fast noch unwahrscheinlicher als eine Kontrolle ist es, dass Ungeimpfte sich unter diesen Voraussetzungen vor der Fahrt testen lassen.

Konsequent wäre es, die Kontrollen präxistaglich auszuweiten oder die Regel abzuschaffen. Ersteres würde an den personellen Kapazitäten scheitern, Letzteres angesichts der Infektionszahlen ein falsches Signal senden. Alles spricht also dafür, dass der Bund weiter an dem zahnlosen Tiger festhalten wird. **Bericht Seite 1**
felix.wendler@weser-kurier.de

Guter Ansatz



Marc Hagedorn
über „Housing First“

Es gibt im Leben nichts geschenkt. Diesen Satz werden vermutlich viele Menschen unterschreiben. Vor allem die, die in ihrem Leben mehr verloren als gewonnen haben. Deshalb mag es sich in einer Gesellschaft, die den Wert eines Menschen auch über den Faktor Leistung definiert, merkwürdig anfühlen, was das Projekt „Housing First“ verspricht: Obdachlose bekommen eine Wohnung, ohne dass sie dafür besondere Bedingungen erfüllen müssen. Eine Belohnung erhält sonst fast nur, wer zuvor etwas dafür getan hat.

Das Projekt in Bremen wird sicher kein Selbstläufer. Viele müssen mithelfen, vor allem Hauseigentümer, die ihre Wohnungen zur Verfügung stellen, und am Ende natürlich auch die neuen Bewohner selbst, wenn sie dauerhaft in ihren vier Wänden bleiben wollen.

Die Erfahrungen mit „Housing First“ andernorts sind gut. Unterm Strich soll es für die Sozialkassen sogar günstiger sein als die klassische Form der Unterbringung. Dieses Argument sollte auch diejenigen überzeugen, die ungerne ohne Gegenleistung geben. **Bericht Seite 3**
marc.hagedorn@weser-kurier.de

WESERKURIER Bremer Nachrichten Verdener Nachrichten

Bremer Tageszeitungen AG
Martinststraße 43, 28195 Bremen
Chefredakteurin: Silke Hellwig
Mitglieder der Chefredaktion: Michael Brandt
Digitalchef: Bastian Angenendt-Engelbeck
Art-Direktor: Franz Berding
Leiter Zentralredaktion und Politik: Markus Peters - Chefredakteur:
Jürgen Hinrichs, Jean-Julian Beer - Bremen/Niedersachsen und
Wirtschaft: Michael Brandt, Matthias Sonnenberg (komm.)
Kommunal- und Landespolitik: Jürgen Theimer - Sport: Matthias
Sonnenberg - Kultur: Iris Hieschke - DIE NORDDEUTSCHE
Büro: Josten - OSTERHOLZER KREISBLATT: Antje Bostelmann
WÜMMER-ZEITUNG: André Fesser - DELMENHÖRSTER KURIER:
Gerrit Müller - ACHIMER KURIER/Verdener Stadt- und Land:
Felix Gutschmidt - SYKER KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU:
Esther Nöggemath - Büro Hannover: Peter Milodoch - Büro
Berlin: Anja Meier - Büro Brüssel: Katrin Pribyl - Büro Paris:
Birgit Holzer - Büro London: Susanne Ebner - Büro Washington:
Thomas Spang
*PresseDienst Nord GmbH
Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig,
ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle.
Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 42,90 € einschließlich 7% USt.
Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 75.
Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9.30 bis 17 Uhr. Telefonisch erreichen
Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 17 Uhr, sonntags
von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 9 bis 12 Uhr.
Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser
entnehmen Sie bitte ihrer beigefügten Regionalausgabe.
Verlag:
Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 36 71 10 0
Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21 / 36 71 66 77 Telefax: 04 21 / 36 71 10 20
E-Mail: abo@weser-kurier.de
abo@weser-kurier.de
abo@bremer-nachrichten.de
Redaktion:
Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 36 71 10 0
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de
Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21 / 36 71 66 55
Telefax: 04 21 / 36 71 42 21 (Anzeigen)
Telefax: 04 21 / 36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de
Druck: Druckhaus Delmenhorst GmbH



Phil Hubbe

Bewährungsproben für Regierung und Opposition



Norbert Holst
über das Wahljahr 2022

Es war spannend, das Wahljahr 2021. Zum Ende hin bildete die Bundestagswahl einen Höhepunkt mit einem Ergebnis, das wenige Monate zuvor niemand für möglich gehalten hätte – vielleicht mit Ausnahme von Olaf Scholz, der die SPD zum Wahlsieg führte. Ein glatter Gang wird wohl die Wahl des Bundespräsidenten am 13. Februar. Nach den positiven Signalen von Grünen, FDP und Union gilt die Wiederwahl von Frank-Walter Steinmeier als sicher. Ab Ende März geht es dann Schlag auf Schlag: Gleich dreimal muss die CDU ihre Machtposition verteidigen. Am 27. März wählen die Saarländer eine neue Landesregierung, am 8. und 15. Mai folgen Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen.

Im Saarland und in Schleswig-Holstein sieht es laut aktuellen Umfragen nicht gut aus für die Christdemokraten, sie liegen mit fünf beziehungsweise sieben Prozentpunkten hinter der SPD. Ein Kopf-an-Kopf-Rennen zeichnet sich in Nordrhein-Westfalen ab, beide Parteien kommen nach der jüngsten Umfrage auf jeweils 27 Prozent. Allerdings: Die Stimmungslage wird offenbar immer noch vom Ausgang der Bundestagswahl bei jeweils 27 Prozent. Allerdings: Die Stimmungslage wird offenbar immer noch vom Ausgang der Bundestagswahl bei jeweils 27 Prozent. Allerdings: Die Stimmungslage wird offenbar immer noch vom Ausgang der Bundestagswahl bei jeweils 27 Prozent. **Bericht Seite 4**
norbert.holst@weser-kurier.de

aussetzungen sind klar: Die FDP will ihr bemerkenswertes Ergebnis vom 26. September mit einem guten Abschneiden in den Ländern unterfüttern, was ihr laut Umfragen auch gelingen könnte. Ähnliches gilt für die SPD in ihrer neuen Rolle als Kanzlerpartei. Die Grünen hingegen müssen versuchen, den Abwärtstrend der vergangenen Monate zu stoppen. Das könnte klappen: Bei Erhebungen auf Bundesebene haben sie sich bei 15, 16 Prozent stabilisiert. Die CDU hofft nach der Schlappe bei der Bundestagswahl auf neuen Rückenwind. Auf Bundesebene krebst sie allerdings noch bei 23, 24 Prozent herum.

Der designierte Parteichef Friedrich Merz könnte unter Druck geraten.

Sollte es mit einem Umschwung bei den Landtagswahlen nicht klappen, dürfte der designierte Parteichef Friedrich Merz gleich gehörig unter Druck geraten. Und dann gibt es noch einen Zufall, der es in sich hat: An der Saar, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen treten auf Seiten der CDU drei Politiker an, die als mögliche Hoffnungsträger für die Zeit nach Merz gehandelt werden: Tobias Hans, Daniel Günther und Hendrik Wüst. Für die drei könnten es bittere Wahlabende werden. Was abseits von geplätzten Karriereräumen für die CDU allerdings noch schlimmer wäre: In allen drei Ländern würde es laut aktuellen Erhebungen für eine Ampel-Regierung

reichen. Das wiederum hätte weitreichende Folgen für die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat. Doch auch ein anderes Szenario ist denkbar: Den Wählern im März und Mai könnte dämmern, dass im Gegensatz zur Bundestagswahl nicht mehr Olaf Scholz zur Wahl steht, sondern schlichtweg die zuweilen etwas launige SPD. Und die jeweiligen Spitzenkandidaten Anke Rehlinger (Saarland), Thomas Losse-Müller (Schleswig-Holstein) und Thomas Kutschaty (Nordrhein-Westfalen) gehören nun einmal nicht zur ersten Reihe der sozialdemokratischen Landespolitiker. Für Kutschaty etwa würde laut einer Umfrage nicht einmal die Hälfte der SPD-Anhänger stimmen. Den Schlusspunkt setzt Niedersachsen. Dort wird am 9. Oktober gewählt. In den Umfragen haben die Sozialdemokraten seit März 2021 ihren Vorsprung vor der CDU deutlich ausgebaut. Das ist auch ein Erfolg für den langjährigen SPD-Ministerpräsidenten Stephan Weil, der das Bundesland vergleichsweise ruhig durch die Pandemie gesteuert hat. Auch in Niedersachsen zeichnet sich eine Ampel-Regierung ab: Denn Grüne und Liberale, die sich jahrelang spinnfeind waren, flirten neuerdings heftig miteinander. Allerdings: Die Betonung liegt auf „könnte“. Denn politische Trends werden immer kurzlebiger. Wer hätte etwa vor einem Jahr geahnt, dass Olaf Scholz tatsächlich Bundeskanzler werden könnte oder Armin Laschet als CDU-Chef nur eine kurze Episode sein würde? Die Aussicht: Das Wahljahr 2022 wird nicht weniger spannend als 2021. **Bericht Seite 4**
norbert.holst@weser-kurier.de

Hannoversche Allgemeine Zeitung

über die Ampelkoalition: „Klimaschutzminister Robert Habeck will die Grünen zur Volkspartei aufbauen und der SPD Konkurrenz in der Mitte machen. Und Olaf Scholz wird versuchen, die Grünen so klein wie möglich zu halten. Dazu wird auch zählen, dass er Außenministerin Annalena Baerbock Kompetenzen abnimmt. Merkel hat ihm das mit der Entmachtung des SPD-Außenministers Maas vorgemacht. Die Grünen konnten nicht einmal Tempo 130 auf Autobahnen im Koalitionsvertrag durchsetzen. Nun müssen sie aufpassen, dass sie ihren Karren in dieser Koalition nicht vor die Wand fahren, während Scholz ganz ruhig am Steuer sitzt und Christian Lindner mit dem Blinker spielt.“

Berliner Zeitung

über die Situation in Kasachstan: „Für die Bevölkerung ist die Entwicklung besonders bitter: Es gibt in dem Land nicht einmal ansatzweise demokratische Strukturen. Eine korrupte Machtelite profitiert schamlos von den reichen Rohstoffvorkommen. Die wichtigsten Partner der Machthaber – Russland und China – haben kein Interesse an Bürgerrechten. Und auch der Westen wird den kasachischen Bürgern nicht helfen: Seit Jahrzehnten paktieren westliche Konzerne und Banken mit den Geschäftemachern an der Spitze des Landes. Um den ungestörten Betrieb sicherzustellen, setzen multinationale Konzerne, speziell aus der Erdölbranche, seit Jahrzehnten auf Gewalt. Die OVKS (das von Russland geführte Militärbündnis) wird daher nicht Frieden bringen. Sie wird für stabile Verhältnisse sorgen: Der Status quo der Ausbeutung und der Missachtung der Menschenrechte wird zementiert.“

Neue Osnabrücker Zeitung

über die Impfpflicht-Debatte: „Die Front der Befürworter einer allgemeinen Impfpflicht bröckelt. Jetzt müssen die ersten Ampel-Koalitionäre sogar einräumen: Die umstrittene Maßnahme wird wohl weder gegen die Delta- und Omikron-Welle helfen, da sie womöglich erst Anfang Mai in Kraft treten dürfte. Das muss für das Land nichts Schlechtes sein. Denn es sind weiterhin viele ethische, juristische und pragmatische Fragen offen. Soll etwa ein nationales Impfreisepflicht aufgebaut werden? Oder wer verhängt die Bußgelder gegen Ungeimpfte? Und was passiert, wenn jemand nicht zahlt?“

Wiesbadener Kurier

über Plastikmüll: „Dass wir die Welt in geringerem Maße mit unserem Plastikmüll fluten als noch vor wenigen Jahren, ist eine gute Nachricht. Allerdings können die Statistiken von Experten einerm die Tränen in die Augen treiben: So schätzt das Institut cyclos-HTP, dass von dem, was wir in der gelben Tonne sammeln, rund ein Drittel nicht recyclingfähig ist. Das Verbot von Plastikgeschirr, -Wartestäben und Co. hat viel gebracht, trotzdem gibt es für die neue Bundesregierung viel zu tun, um über Vorgaben bei Wiederverwertungsquoten den politischen Druck zu erhöhen.“



Stephan Weil (l.) und Bernd Althusmann: Die Fortsetzung ihrer Koalition in Niedersachsen ist fraglich.

FOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/DFD